

RENTE MIT 67 – ENTWICKLUNGEN AM ARBEITSMARKT

INFORMATIONEN ZUR VERLÄNGERUNG DER LEBENSARBEITSZEIT
UND ZU DEN CHANCEN ÄLTERER BESCHÄFTIGTER

Rente mit 67 – Entwicklungen am Arbeitsmarkt

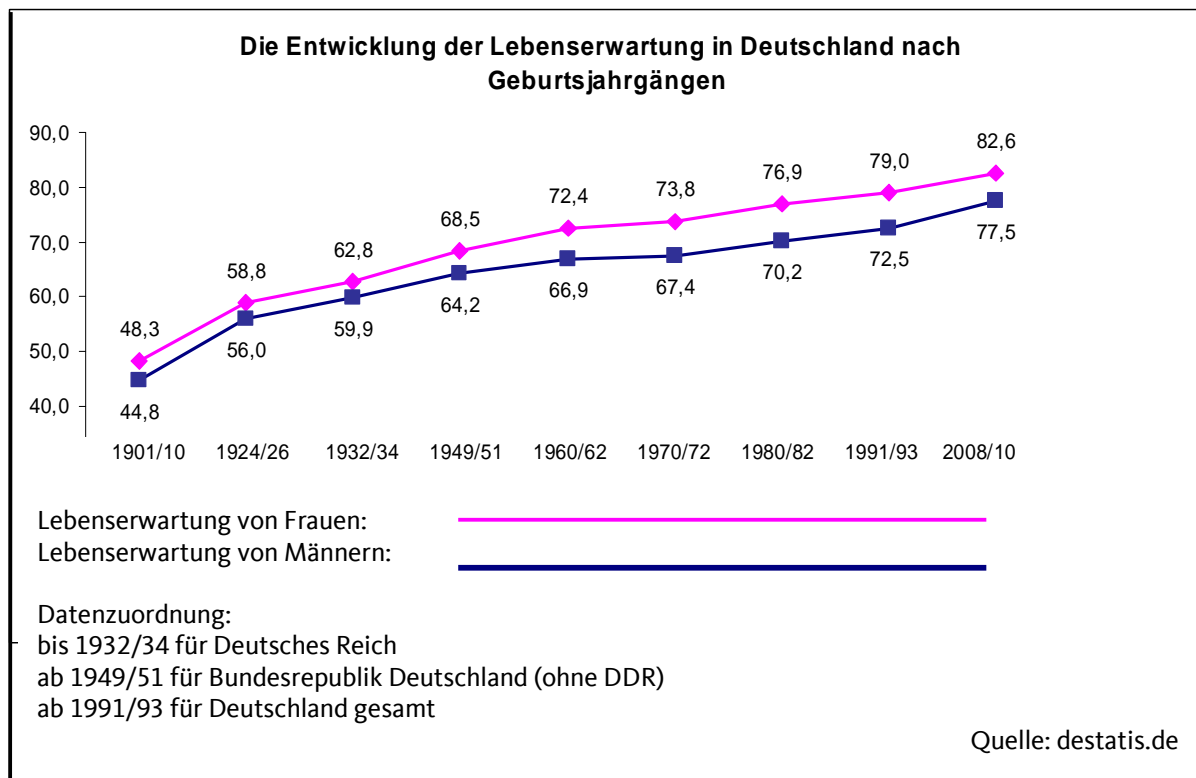
Informationen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit und zu den Chancen älterer Beschäftigter

Einführung

Zum 1.1.2012 hat die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalter auf 67 Jahre begonnen. Bis 2023 steigt das Renteneintrittsalter pro Jahr jeweils um einen Monat, danach um zwei Monate. Das bedeutet, dass Arbeitnehmer im Jahr 2012 erst mit 65 Jahren plus einem Monat das gesetzliche Renteneintrittsalter erreichen. Die Umsetzung der Rente mit 67 dauert bis zum Jahr 2029. Erst dann wird das neue Renteneintrittsalter schrittweise erreicht sein. Das heißt, erst für die Jahrgänge ab 1964 gilt dann tatsächlich die Rente mit 67.

Warum Rente mit 67?

Die Rente mit 67 ist notwendig, um die gesetzliche Rentenversicherung finanziell zu stabilisieren und eine zu hohe Belastung für die Beitragszahler zu verhindern. Dabei geht es hauptsächlich um das Ziel, einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen auch künftig zu gewährleisten. Die Lasten müssen gerecht zwischen Jung und Alt verteilt werden.



Die Lebenserwartung der deutschen Bevölkerung steigt kontinuierlich an. Seit 1880 hat sie sich mehr als verdoppelt. Ein heute geborenes Mädchen wird durchschnittlich 82 Jahre und 6 Monate, ein Junge 77 Jahre und 5 Monate alt. 50 Prozent aller Kinder, die heute geboren werden, werden voraussichtlich über 100 Jahre alt. Dadurch steigt auch die Bezugsdauer der gesetzlichen Rente. Die durchschnittliche Rentenbezugszeit hat sich in den letzten 50 Jahren von 10 auf 18 Jahre erhöht. Das heißt: Die Rentenkasse hat gegenüber früher schon heute deutlich höhere Ausgaben.

Bei der durch den Generationenvertrag umlagefinanzierten Rentenversicherung stehen in Zukunft immer mehr älteren immer weniger jüngere Menschen gegenüber. Ohne eine deutliche Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre müssten die Beiträge zur Rentenversicherung langfristig erhöht oder die Rentenleistungen gekürzt werden. Diese beiden Alternativen lehnt die CDU entschieden ab.

Eine Aussetzung der Rente mit 67 kommt für die CDU Deutschlands nicht in Frage. Spätestens wenn die sogenannte Babyboomer-Generation des Jahrgangs 1964 in Rente geht, wird die Anzahl der Rentenbezieher stark ansteigen. Das Problem wird dadurch verschärft, dass diese Generation durchschnittlich deutlich weniger Kinder bekommen hat als noch die Generation ihrer Eltern. Im Schnitt bekommen Frauen hierzulande rund 1,4 Kinder. Damit gehört die Geburtenrate in Deutschland zu den niedrigsten weltweit. Dadurch gibt es in Zukunft deutlich weniger Beitragszahler.

Vorteile einer längeren Lebensarbeitszeit

Der spätere Eintritt in die Rente ist im Rahmen der demografischen Entwicklung wichtig, um auch in Zukunft eine stabile Altersvorsorge gewährleisten zu können. Er ist aber auch ein Signal für unsere Gesellschaft, ältere Menschen als wichtigen und aktiven Teil unseres Gemeinwesens besser wertzuschätzen. Denn: Die Menschen werden nicht nur älter, sie altern auch gesünder. Der so genannte demografische Wandel ist kein Schreckgespenst, sondern bringt für viele Menschen ein längeres und gesünderes Leben mit sich.

Immer mehr ältere Menschen wollen sich auch länger in die Gesellschaft einbringen, nicht nur im Ehrenamt, sondern auch im Beruf. Sie können und wollen im Alter mehr leisten als bisher. Gerade mit Blick auf den wachsenden Fachkräftemangel in Deutschland ist es für

Gesellschaft und Unternehmen wichtig, das Wissen, die Erfahrungen und die (auch soziale) Kompetenz Älterer länger als bisher zu nutzen.

Lage älterer Beschäftigter am Arbeitsmarkt

Die Einführung der Rente mit 67 ist neben den stabilisierenden finanziellen Wirkungen in den sozialen Sicherungsunternehmen deshalb auch ein Appell an die Unternehmen und die Gesellschaft, über die bisher schon erbrachten Anstrengungen hinaus noch mehr Arbeitsplätze für Arbeitnehmer jenseits der 60 zu schaffen. Dabei darf auch auf Weiterbildung (Stichwort Lebenslanges Lernen) sowie Gesundheitsvorsorge nicht verzichtet werden.

Positive Tendenz am Arbeitsmarkt

Die Beschäftigungssituation am Arbeitsmarkt für Ältere entwickelt sich in den letzten Jahren sehr positiv. Die Zahl der 60-64 Jährigen, die aktiv im Berufsleben stehen, hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die Beschäftigungsquote dieser Gruppe liegt bei über 40 Prozent. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (ohne z. B. Selbstständige, Beamte oder Minijobber) sind es 26,4 Prozent. Auch hier hat sich der Anteil stark erhöht. Die Beschäftigungsquote der über 60-Jährigen legte seit der Jahrtausendwende stärker zu als in allen anderen Altersklassen, innerhalb von elf Jahren um rund 17 Prozentpunkte. Von den 55- bis 64-Jährigen stehen inzwischen sogar 57 Prozent im Erwerbsleben. Auch die Arbeitslosigkeit Älterer ging im Jahr 2011 weiter zurück.

Früherer Renteneintritt mit 65 weiterhin möglich

Wer 45 Jahre gearbeitet hat, kann auch künftig mit 65 abschlagsfrei in Rente gehen. Das betrifft vor allem Berufe mit hohen körperlichen Anforderungen, bei denen in der Regel die Lehre mit 16/17 Jahren beginnt bzw. begann.

Die Entwicklung des Renteneintrittsalters im europäischen Vergleich

Das tatsächliche durchschnittliche Renteneintrittsalter hat sich in Deutschland in den letzten zehn Jahren erhöht und liegt mittlerweile bei 63,6 Jahren. In Deutschland wird damit im Durchschnitt rund zwei Jahre länger gearbeitet als in den übrigen europäischen Ländern.

Gerade im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise blicken viele unserer europäischen Nachbarn auf das deutsche Rentensystem und sehen es als Vorbild. Diese Staaten planen oder haben bereits das Renteneintrittsalter ebenfalls auf 67 Jahre erhöht, teilweise mit einem wesentlich schnelleren Tempo als in Deutschland (z. B. Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Spanien).

Die Äußerungen der SPD

Die SPD hat auf ihrem letzten Parteitag 2011 beschlossen, die Rente mit 67 solange auszusetzen, bis mindestens 50 Prozent der 60- bis 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles bekräftigte dies im Januar 2012.

Allerdings ist dieser Plan selbst in der SPD umstritten: Franz Müntefering, von 2005-2009 Bundesminister für Arbeit und Soziales in der CDU-geführten Großen Koalition, hat die Rente mit 67 mitentwickelt. Er stellt sich gegen Nahles und betont: „Die Bedingungen für die Rente mit 67 sind erfüllt.“ Er halte es für Unsinn, dass die Rente mit 67 eine faktische Rentenkürzung bedeute. Zudem seien genügend Menschen über 60 noch in Arbeit. Die Rente mit 67 sei zumutbar und sinnvoll, um auch die Jungen zu entlasten. Auch Peer Steinbrück, Finanzminister in der Großen Koalition, verteidigt die Rente mit 67: „Die Antwort auf den mathematischen Druck der Demografie kann nicht die ersatzlose Suspendierung der Rente mit 67 sein.“

Sogar die Grünen stehen zur Erhöhung des Renteneintrittsalters. Parteichef Özdemir sagte, dass kein Weg an der Rente mit 67 vorbeiführe. Ebenso äußerte sich Fraktionsvize Fritz Kuhn: „Jetzt die Rente mit 67 auszusetzen, würde bedeuten, Druck rauszunehmen.“

Stand: 11. Januar 2012